

# SOZIALREVUE



## Organ des Verbandes der graphischen Hilfs- Arbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands

Erscheint wöchentlich Sonnabends • Bezugspreis monatlich 0,50 RM. ohne die Bestellgebühr • Anzeigen: die 3gespaltene Pettizelle 1,- RM.  
Lodes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 RM. • Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an • Nur Postbezug ist zulässig

Nr. 3 • 35. Jahrgang

Berlin, den 19. Januar 1929

### Die späte Einsicht

„Die Privatwirtschaft muß ihre Kartellkrücken abwerfen.“

Der größte Teil der Menschheit ist auf Lohn- oder Gehaltsentlohnung angewiesen. Die Kaufkraft dieser Lohnsummen ist entscheidend für das Maß von Lebensglück, welches den einzelnen auf dieser Erde zufällt. Da die Lohn- und Gehaltsempfänger in der Mehrzahl sind, wird das ganze Kulturleben in Deutschland von der Höhe des Reallohns beeinflusst. Der verlorene Ruhrkampf wurde von den Unternehmern unter der Devise geführt: Verteidigung des gegenwärtigen Lohnstandes. Sie erklärten, daß selbst eine geringe Lohn-erhöhung unweigerlich zu Preiserhöhungen führen würde.

Nun kommt ausgerechnet aus der Schwerindustriellen Seite eine ganz anders geartete Wirtschaftstheorie, die von den Gewerkschaften fast Wort für Wort unterfüttert werden kann. Die Industrie- und Handelskammern an der Ruhr geben eine Zeitschrift „Ruhr- und Rhein-Wirtschaftszeitung“ heraus. Dieses Organ vertritt naturgemäß die Belange der Schwerindustrie bis zum äußersten. Auch der verlorene Ruhrkampf fand dort eine energische Verteidigung. Die Nummer 1 desselben bringt an leitender Stelle einen Artikel, den man als „Sanktionen gegen Kartelle“ bezeichnen muß.

„Verhängnis und Verhängnis der Privatwirtschaft!“ Das ist die letzte Schreckensrede des wachsenden Wohlstandes vor dem Kriege gewesen. Je mehr wir produzierten, um so billiger wurde die Produktions-einheit, je billiger die Ware, um so größer der Absatz, je größer der Absatz, um so mehr konnten wir produzierten... Was nützen alle schönen Theorien, wenn in Wirtschaft der entgegengelegte Weg eingeschlagen wird: Nicht mehr zu produzieren, die Produktion ein-schränken, statt sie zu verbilligen, sie verteuern, statt den Absatzmarkt durch Preisentzug zu erweitern, ihn durch erhöhte Preise immer mehr einengen.“ Gegen diese verkehrte Wirtschaftspolitik müsse sich die Privatwirtschaft mit verstärkter Aktivität wenden. Wieder wie vor dem Kriege muß es heißen:

„Vermehrung der Produktion und Senkung der Preise.“ Der landläufigen Meinung, daß dies infolge der Ver-hältnisse nicht möglich sei, wird folgendes positive Programm entgegengeleitet:

„Die Privatwirtschaft darf und kann sich nicht den Gang ihrer Entwicklung von außen aufhängen lassen. Mit solcher Genugtuung weisen die Gewerkschaften in ihren Berichten darauf hin, daß sie in den letzten Jahren durch ihre ständige Aktivität Lohnerhöhungen von mehr als 5 Milliarden Mark durchgesetzt haben. Kein Zweifel, daß ein Teil dieser Lohnerhöhungen durchaus berechtigt war, denn die Löhne waren nach der Stabilisierung zu weit zurückgeblieben... Kein einziger Fall ist bekannt, daß die Wirtschaft der Arbeiter der Gewerkschaften eine eigene zielbewusste, wirtschaftliche Aktivität entgegenstellt, daß sie

„eine Lohnforderung Wort mit einer Senkung ihrer Preise beantwortet“

habe. Was ist denn das Hauptargument der Gewerkschaften: das steigende Preisniveau! Das Argument wird nicht durch Ministerreden über die Notwendigkeit der Preisentzug, sondern nur durch die Kraft des eigenen Kampfes der Wirtschaft bestritten werden. Wenn Lohnforderungen im Einzelfall zu tatsächlichen Preis-erhöhungen führen, dann ist es besser, die Verluste frei-willig durch Senkung der Preise zu tragen, wodurch die Absatzmöglichkeiten erweitert werden. Die Preisentwertung ist nachfolgendes Preis-erhöhung. Die Gefahr, daß durch den Preisentzug die Arbeitsbeschäftigung herabgesetzt wird, ist ungleich geringer, je konsequenter und energischer die Maßnahmen der Preisentwertung sind.“

„Eine aktive Lohn- und Preispolitik dieser Art setzt allerdings eins in viel höherem Maße voraus, als dies in den letzten Jahren im allgemeinen in der Privatwirtschaft der Fall war: die Bereitschaft, den Willen und die Entschlußkraft, auch ohne die Möglichkeit so-fortigen Preisausgleiches erhöhte Risiken zu tragen und zeitweise Verluste und Opfer zu übernehmen, selbst auf die Gefahr hin, daß einzelne Unternehmen dabei zugrunde gehen... Bei aller Wertung der wirtschaftlich gesunden und brauchbaren Seiten der Kartelle, Syndikate, Verbände, Preisverein-barungen, Konventionen usw. steht in diesen Bindungen doch zugleich der Gedanke der Ver-sicherung auf Gegenseitigkeit, der in Zeiten außergewöhnlicher Notstände zum Durchhalten lebenswichtiger Glieder beugt, als Dauererscheinung aber zu einer Verweigerung und Ver-minderung der persönlichen Initiative führen muß. Es wird aus den verschiedensten Gründen Zeit, daß die Privatwirtschaft verlernt, diese Krücken nach und nach abzuwerfen, und sich das Einzelunternehmen wieder auf eigene Füße stellt. Die Keimungsstufe der Jahre 1924 und 1925 hat noch nicht allen Schlamm beseitigt. Eine weitere Aus-lese wird folgen. Sie wird von den gesunden und lebenswerten Kräften um so besser überwunden werden, je eher sie kommt und je härter sie bewußt herbeigeführt wird.“

Wir können uns nicht entsinnen, etwas Derartiges schon einmal in einem der Schwerindustrie nahestehen-den Organ gelesen zu haben. Es wird dort anerkannt, daß die von den Gewerkschaften geforderten Lohn-erhöhungen zum Teil berechtigt waren. Wenn die Ver-treter der Schwerindustrie schon einen Teil der Lohn-erhöhungen als berechtigt erklären, so kann man sie ruhig als voll berechtigt betrachten. Die Ansicht, eine Lohnforderung sofort mit einer Senkung der Preise zu beantworten, ausgeprochen von dieser Seite, kann direkt als eine umstürzende Theorie betrachtet werden. Es ist eine von uns schon immer ausgesprochene Win-sen-wahrheit, daß ein solcher Schritt zur Steigerung der Realeinkommen aller Bevölkerungsschichten führt. Aber geradezu als revolutionär ist der von dieser Seite ge-äußerte Gedanke, ein durch Preisausgleich entstandenes Risiko auf sich zu nehmen, selbst auf die Gefahr hin, daß einzelne Unternehmen dabei zugrunde gehen. Wenn man in der Rheimarbeit der Kartelle, Syndikate und Verbände plötzlich die Meinung äußern hört, daß diese eine Versicherung auf Gegenseitigkeit sind und zur Verweigerung und Ver-minderung der persönlichen Initiative führen, dann ist man genötigt, erst einmal Luft zu schnappen.

Wir begrüßen diesen Artikel der „Rhein- und Ruhr-Wirtschaftszeitung“ in der Hoffnung, daß er nicht lediglich eine Fanfare bleibt. Würde die ge-samte Industrie nach obigen Grundrissen verfahren, so würde sich die Spannung zwischen Kapital und Arbeit vielleicht etwas lösen. Ganz zu beseitigen wird sie nie sein. Aber wenn der Kapitalismus verlernt, in seinen Leistungen demokratisch zu werden, das heißt, der schaffenden Menschheit den größten Teil des Sozial-produkts freiwillig zu überlassen, dann könnten sich die Auseinandersetzungen in Bedeutung anderer Weise äußern. Leben ist Kampf, heißt es in dem Artikel. „In aufzunehmen und durchzuführen ist Leben und Fortschritt.“ Wohlstand denn, das ist auch unsere Mei-nung. Wir teilen ferner die Ansicht des Artikel-schreibers, daß: wenn es der Privatwirtschaft nicht gelingt, den Anforderungen der modernen Zeit gemäß Wirtschaftspolitik zu treiben, die Entlastung über sie hinweggeht. Wir wollen sehen, inwiefern der Appell der Rhein- und Ruhr-Wirtschaftszeitung Anklang findet und zum Ausgangspunkt einer neuen Wirt-schaftspolitik gemacht wird. Gegebenenfalls sind wir bereit, noch etwas mehr Dampf dahinter zu machen...“

### Ein fressendes Ungeheuer

Die Bureaokratie ist ein fressendes Ungeheuer. Ihre Existenz hat Jahrzehnte, ja Jahrhunderte hindurch schwer auf dem deutschen Volke gelastet. Leider hat auch die Staatsumwälzung an der Allmacht der Burea-kratie nichts zu ändern vermocht. Dies wird treffend von einem Kenner bestätigt. In der Neujaehrnummer des „Vorwärts“ schreibt Genosse Carl Severing unter anderem folgendes:

„Die Bureaokratie ist zu einer Allmacht gelangt, die den Grundrissen eines demokratischen Volkstaates geradezu hohnspricht. Das ist kein Vorwurf gegen die Bureaokraten, die bei uns vielfach besser sind als ihr Ruf. Wo die Machtfülle, die ihnen zuwuchs, sich aktiv betätigte, hat sie sich durchaus nicht selten als nützlich erwiesen. Das Gegenstück bildeten die Beamten, die durch den ständigen Wechsel in den Ministerien die Marschrichtung verloren und in des Wortes tiefster Be-deutung stehenblieben. Alles in allem: es war ein Verwalter und Regierer von der Hand in den Mund, nur von der Not der Zeit und dem Schwergewicht einer Tradition getrieben. So sah, nein, so sieht auch noch die demokratische Reichsverwaltung von innen aus.“

Severing führt diese Zustände auf den raschen Wechsel der Kabinette und auf das allzulange Ver-weilen der bürgerlichen Parteien in der Regierung zurück. Anknüpfend an das bekannte Wort von Frei-schutz heißt Severing: „Wenn wir heute hämmern und morgen den Schmieden der alten Ketten die Hämmer zurückgeben, dann wird der junge Staat, den wir erstreben, die freie soziale Republik, noch lange auf sich warten lassen.“ Auch nach unserer Meinung wäre es verfehlt, wenn die sozialdemokratischen Mi-nister die Spitze ins Korn werfen wollten, bevor nicht tiefgehende Reformen durchgeführt sind. Die Arbeiter-schaft begrüßt das Bestreben, dem Ungeheim Burea-kratie zu Leibe zu gehen. Hier ist allerdings mit Samthandschuhen nichts zu machen, sondern es muß schon ganz energisch zugegriffen werden.

### Mehr Wahrheitsliebe!

Von der üblichen Gepflogenheit, am Neujahrstage für das kommende Jahr ein besseres Ergehen zu wünschen, ist der Reparationsagent in seinem Bericht über das abgelaufene Reparationsjahr sehr unhöflich abge-wichen.

Seine optimistische Schilderung der deutschen Wirt-schafts- und Finanzlage wird den Reid der Götter er-regen. Vorläufig hat sie allerdings andere Wirkungen gehabt. Unsere lieben Reparationsgläubiger feiern immer noch Silvester und umarmen sich freudeausgelassen in der einmütigen Feststellung, daß Deutschland zahlen kann, muß und wird. Demgegenüber ist die ge-samte deutsche Öffentlichkeit mit Recht bestrbt, die wirklich toll übertriebene Rosarotmalerei Gilberts durch dunkelfarbene Korrekturen wenigstens annähernd naturgetreu zu gestalten.

Kein Zweifel, Gilberts Bericht verdient wegen seiner durchsichtigen Zweckbestimmung die allerhöchste Zuru-ckweisung. Für die deutschen Unternehmer aber bedeutet er eine schwere, moralische Brüstung. Unermülich haben sie im Kampfe gegen die Sozialpolitik die deutsche Wirtschaftslage als katastrophal und zusammenbruch-reif dargestellt. Alle Übertreibungen rächen sich. Der so a u f f a l l i g schwindelt, wie es die deutschen Unter-nehmer getan haben, läuft sehr leicht Gefahr, daß ihm selbst die Wahrheit nicht mehr geglaubt wird. Möchte der Reparationsagent noch so sehr von dem Bestreben geleitet sein, den Reparationsgläubigern beizustehen, im erfolglosen Umfange wäre ihm das niemals möglich geworden, wenn ein Volks- und Weltbewußtsein die Überzeugung verankert sehr dürfte, daß sich die deut-schen Unternehmer in ihrer Bekümmertung über den Wirtschaftszustand unbedingter Wahrheitsliebe be-fleißigen.

# Kritische Umschau

Sonst noch Wünsche?

Die Vereinigte Straßlunder Spielkartenfabrik A.-G. verteilt für das abgelaufene Geschäftsjahr nicht weniger als 16 Proz. Dividende (in den Vorjahren 10, 12 und 15 Proz.). Durch die systematische Aufsaugung von Konkurrenzunternehmen kontrolliert sie jetzt 80 Proz. der gesamten deutschen Spielkartenfabrikation. Hinzu kommt, daß die Einfuhr ausländischer Spielkarten durch hohe Zölle so gut wie unterbunden ist. Es handelt sich also um ein ausgeprägtes Monopolunternehmen.

Vermutlich haben die übermäßigen Profite dieser A.-G. und die diktatorisch hochgetriebenen Spielkartenpreise die Reichsregierung veranlaßt, eine Herabsetzung der Einfuhrzölle für Spielkarten zu erwägen, eine Maßnahme, die man auf Seiten der Spielkartenverbraucher bestimmt mit Freuden begrüßen wird. Aber man spricht in der Wirtschaft nicht umsonst von den gegensätzlichen Wirkungen ein und derselben Ursache. In ihrem Geschäftsbericht spricht denn auch die dividendengestaltige A.-G. mit ungenierter Kaltschnauzigkeit von der „Wirtschaftsfeindlichkeit der Reichsregierung“.

Man sieht, Profitrafferei und die naive Vorstellung, daß Aktienbesitz und Wirtschaft dasselbe bedeuten, sind immer noch unzer trennlich.

## Ausführungsmittel für Zeitkontrollen

Es ist sicherlich nur ein unglücklicher Zufall, daß die deutschen Buchdruckunternehmer immer dann, wenn in absehbarer Zeit zentrale Lohnverhandlungen bevorstehen, gewerbliche Krisen zu erkennen glauben. In solchen Zeiten vermehren sich in der „Zeitschrift“ die Zuschriften aus Unternehmerkreisen, die Reformen vorschlagen, mit meerschweinchenhafter Fruchtbareit. In der jüngeren Vergangenheit war es dort große Mode, auf die Frage: Warum triffst es im Buchdruckgewerbe? die Antwort zu erteilen: mangelnde Kontrolle des Verbrauchs an Arbeitszeit! Der „Korrespondent“ (Nr. 98 und 101) gab darauf allerdings eine wesentlich andere Antwort, die so famos das Richtige traf, daß wir eigentlich dazu schweigen dürften.

Aber wir laßen in der „Buchdrucker-Woche“ Nr. 51/52 einen treffenden Satz. Er wurde zwar nicht mit direktem Bezug auf die diesbezüglichen „Zeitschrift“-Aufsätze geschrieben, stellt jedoch einen Beitrag zum Problem der Zeitkontrolle dar, den unsere verehrlichen Buchdruckunternehmer — zumal er scheinbar von einem ihrer Kollegen stammt — mit roter Tinte auf der ersten Seite ihrer Geschäftsbücher vermerken sollten:

„Man kann nicht gegen den Willen seiner Mitarbeiter rationalisieren, und der richtige Weg zur Vermeidung dieses Leerlaufs (unrationale Arbeitszeitverwendung) ist die Werdung der Arbeitsfreude, des Pflichtgefühls und des willigen Mitgehens.“

## Zivilisierte Europäer

Wenn ein Tibetaner jemanden herzlich begrüßen will, hebt er beide Hände wie abwehrend empor und streckt die Zunge möglichst weit heraus. Wir Europäer halten das für unanständig und bilden uns ein, daß ein gegenseitiger Händedruck — im Steigerungsfalle auch ein Kuß — den vorgesehenen Zweck anmutiger und unanständiger erfüllt. Inwieweit das zutrifft, bleibe dahingestellt.

Zweifelsfrei steht aber fest, daß sich europäische Wirtschaftsgebräuche durchaus sehen lassen können. Man lese nur den Bericht über die Vernehmung von Dr. u. a. m. a. s. i. n. e. n. e. r. s. t. e. l. l. e. r. n. u. n. d. = a. b. n. e. h. m. e. r. n. vor dem Enquete-Ausschuß zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft. Hier standen sich als Gutachter der interessierten Verbände Unternehmer mit entgegengesetzten wirtschaftlichen Interessen gegenüber. Während die Abnehmer verküßten, durch kartellartige Zusammenschlüsse die Maschinenpreise zu drücken, taten die Hersteller mit entgegengesetzter Absicht das gleiche. Keine Spur von gegenseitiger Erbitterung bei den Gutachtern. Weshalb auch? Zwar hätte man mit der größten Wonne durch Preisbildung den Schaden der Gegenseite in eigenen Vorteil verwandelt. Aber da das aus Gründen ungefähre Stärkegleichheit nicht ganz gefahrlos war, versuchte man sich auf Kosten der Außenseiter zu einigen.

An sich ein ganz alltäglicher Vorgang im Wirtschaftsleben. Immerhin sind solche Freundschaften feindslicher Brüder des Nachdenkens wert. Und wert ist auch ein Nachdenken darüber, was die Arbeiter daraus lernen könnten.

## Die Braut des Arbeiters

Unter dieser Überschrift druckt die „Kölnische Zeitung“ in einer Frauenbeilage einen Aufsatz von Dr. Ella M., dessen Quintessenz in folgendem wörtlichen Zitat enthalten ist: „Mit Anspruchslosigkeit und Sparsamkeit bringt man es auch heute noch weiter als mit dem Gegenteil. Die Arbeiterbraut, die sich selbst zur Ökonomie und Anspruchslosigkeit erzieht, baut an ihrem Hausglück. Erst wenn sie ihre Augen abgewandt

# Durch Kleinkämpfe 12 000 RM. für 120 Verbandsmitglieder

Silbe Funktionärarbeit. Erfolge, die wenig registriert werden

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung hat heute im Wirtschaftsleben einen so verstärkten Einfluß, daß die öffentliche Meinung nicht mehr achtlos an ihr vorübergehen kann. Ein Blick in die Tageszeitungen aller Richtungen lassen die Wandlung gegen früher deutlich erkennen. Während die bürgerlichen Blätter der Vorkriegszeit unter Bewegung fast totschweigend verschwiegen und höchstens bei größeren Kämpfen kurze Notizen brachten, wird heute jeder Tarif- und Lohnkampf, jede maßgebende Tagung oder Kundgebung unter die Lupe der Kritik genommen.

Was aber weniger oder gar nicht zur Kenntnis der Allgemeinheit, ja sogar der organisierten Arbeiterschaft selbst kommt, ist das Ergebnis des Kleinkriegs, den die Gewerkschaftsfunktionäre fortgesetzt zur Ein- und Durchführung tariflicher oder gesetzlicher Bestimmungen führen müssen. Die Erfolge dieser wichtigen Tätigkeit, von allen Gewerkschaften summarisch zusammengetragen, würden zweifellos Ziffern aufweisen, die auch dem verbissensten Gegner die Ohren öffnen würden. Sehen wir uns nur einmal die nachstehende kleine Stichprobe aus dem Gau I unseres Verbandes an. In zehn Jahrestellen (von 36) innerlich nicht weniger als 12 000 RM. für 120 Mitglieder innerhalb eines Jahres neben den allgemeinen tariflichen Verbesserungen gesichert werden.

Zahlenmäßig sind alle Vorteile, die der Rechtsschutz der Gewerkschaften herbeiführt, überhaupt nicht festzustellen. Oft schon genügt die Beschwerde eines einzelnen, um für alle in der Betriebsabteilung oder für die gesamte Belegschaft die geltend gemachten Rechtsansprüche zur Anerkennung zu bringen. In vielen Fällen reicht ein telephonischer Anruf des Organisationsvertreters schon aus, und die Firma ist zur gütlichen Beilegung des strittigen Falles bereit, weil sie eine Austragung an Gerichtsstelle scheut. Eine einzige durchgeführte Klage wiederum setzt auch die Mitglieder anderer Betriebe in den Stand, gleichlautende Rechtsansprüche geltend zu machen. Alle diese Mehreinnahmen können ziffernmäßig nicht belegt, sondern nur abgeschätzt werden; sie dürften aber bei weitem höher sein, als die nachstehend festgehaltenen Einzelfälle aufweisen. Folgende Zahlungen wurden durch das Eingreifen der Organisation im verfloßenen Jahre durch persönliche Verhandlungen oder Klagen an Gerichtsstellen erreicht, in

Jahrestelle	Arbeits-Unternehm. n. Klage	Wohrent- Zulage v. Ende 28	Arbeits-Unternehm. n. Klage	Zusamm.
1. Dortmund . . .	für 4 Mitgl.	70,00	274,00	344,00
2. Düsseldorf . . .	für 3 Mitgl.	32,00	1.816	1848,00
3. Elberf. - Barm. . .	für 4 Mitgl.	261,40		261,40
4. Essen . . .	für 11 Mitgl.	87,02	1.198,16	1.285,18
5. Hagen . . .	für 10 Mitgl.	2219,20	2.383,04	4.602,24
6. Krefeld . . .	für 2 Mitgl.	20,40	141,59	161,99
7. Mülheim (K.) . .	für 4 Mitgl.	408,00		408,00
8. Remscheid . . .	für 10 Mitgl.		1.324,29	1.324,29
9. Solingen . . .	für 18 Mitgl.		50,80	50,80
10. Veltheim . . .	für 5 Mitgl.		656,00	656,00
Zusammen	für 120 Mitgl.	2693,02	7.234,41	9.927,43

Vorstehende Ziffern stellen nur einen Bruchteil der geregelten Streitfälle dar, da die meisten gar nicht gemeldet oder von den Funktionären der örtlichen Verwaltungen nicht registriert werden. Trotzdem ist aber schon aus diesem ersichtlich, wie wichtig der Rechtsschutz der Gewerkschaften ist. Die Beratung und Vertretung erstreckt sich nicht nur auf tarifrechtliche, sondern auch auf öffentlich-rechtliche Gebiete, wie zum Beispiel Beschwerden gegen die Arbeitsämter, Berufung gegen

gefällte Entschiede der Spruchauschüsse, Vertretung vor den Spruchkammern des Arbeitslosenversicherungs-gesetzes usw. Allein 2117,50 RM. konnten fünf Mitgliedern vor diesen Instanzen gerettet werden.

Bemerkenswert ist die Tatsache, daß der größte Teil der Streitfälle durch mündliche Verhandlungen beigelegt werden konnte. 80 Mitglieder erhielten auf diese Weise rund 5400 RM. Entschädigungen, Nachzahlungen oder wöchentliche Zulagen. Meistens handelt es sich in diesen Fällen um neuangewommene Mitglieder, die oft jahrelang zu untafflichen Verhältnissen gearbeitet haben. Da sie den Weg zur Organisation scheuten, konnte sie der Prinzipal gründlich übers Ohr hauen. So oder so ähnlich mögen sich die meisten Unternehmer auch wohl die „Arbeitsgemeinschaft“ (statt „Arbeitskämpfe“) vorstellen, die das Prinzipalsorgan, „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“, in einem Abschieds-artikel vom Jahre 1928 mit folgenden schönen Worten empfiehlt:

„Erst wenn die Arbeiterschaft eingesehen hat, daß sie nicht im Gegensatz zu ihren Prinzipalen und ihrem Gewerbe stehen darf, sondern mit diesen zu einer Gemeinschaft verbunden sein muß, dann wird das Buchdruckgewerbe eine Entwicklung nehmen können, die für beide Teile von Nutzen sein wird.“

Wir bedürfen dieser Empfehlung nicht. In allen Einzelstreitigkeiten suchen wir immer erst den Weg der Verständigung. Nur selbstherrliche und hartleibige Prinzipale werden vor die Schranken des Gerichts gestellt, um ihnen durch arbeitsrechtliche Maßnahme einige Vinderung zu bringen. Wie sieht es aber auf der Gegenseite aus? Arbeitsgemeinschaft heißt hier, die arbeitsrechtlichen Bindungen lockern, den „Arbeiter gemeinschaften“ lassen für billige Entlohnung und auf die neunmal verletzten Gewerkschaften schimpfen. Man verhandelt ja viel lieber mit jedem einzelnen allein. Man wird viel leichter mit ihm fertig, vor allem, wenn er den Rat seiner Organisation als Unorganisierter entbehren muß. Bei der Verzweigung der Arbeiterschaft gehe und den Widerständen, die die Unternehmer gern tarifvertraglichen Rechten und gesetzlichen Bestimmungen entgegenstellen, ist es dem einzelnen unmöglich, sich allein durchzusetzen. Er bedarf der Beratung erfahrener Kollegen und vor allem der Vertretung bei etwaigen Klagen an Gerichtsstellen. Das gilt nicht nur für uns, sondern für die gesamte Arbeiterschaft. Wenn wir in unserem verhältnismäßig kleinen Gewerbe schon in zehn Jahrestellen über 12 000 RM. den in Frage kommenden Mitgliedern sichern konnten, wie hoch mögen erst die Summen in anderen Berufen sein, die ständig Klagen am Arbeitsgericht führen, wo die Gewöhnung der Unternehmer an Tarifbestimmungen bei weitem nicht so ausgeprägt ist wie in graphischen Gewerbe, das seit Jahrzehnten tarifliche Bindungen hat. Allen Unorganisierten sollten diese Tatsachen aufs neue die Augen öffnen. Schließen sich jeder den Gewerkschaften an, jedoch nicht nur um dieser persönlichen Vorteile willen, sondern vor allem zur Erzielung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Gesamtheit. Wer trotz Aufforderung dsswilling abseits dieser großen ethischen Bewegung steht und Vorteile einheimst, die andere jäh erkämpft haben, kennzeichnet sich selbst. Er hat unsezer- teils die schärfste Zurückweisung und Mißachtung zu erwarten, wie das in jeder anständigen Gesellschaft geschieht.

K. l. n.

... i. l. m. . .

hat von dem überflüssigen und kostspieligen Robetand, geht ihr das Verständnis auf für die wahren Schönheiten des Lebens usw.“

In diesen Sätzen spiegelt sich typisch eine hoffnungslose geistige Einstellung des Bürgertums wider gegenüber dem bewußten oder instinktiven Streben der proletarischen Mädchen und Frauen nach gesellschaftlicher Gleichwertigkeit. Sind wir freimütig. Das Brautideal des vernünftigen Arbeiters ist bestimmt nicht ein Wippchen, das sich von unten bis oben mit billigem und geschmacklosem Glitzer behängt, und der männliche Vertreter der proletarischen Welt hat bei der Betrachtung proletarischer Frauen und Mädchen sehr oft die Empfindung, daß in ihrer äußerlichen Aufmachung weniger mehr sei.

Wer aber hat das Recht, hier Anspruchslosigkeit zu fordern? Die bürgerliche Klasse — für die Dr. Ella M., wenn auch mit persönlich durchaus ehrenhaften Absichten spricht — hat dieses Recht stillschweigend verwirkt. Es sind doch gerade die glanzvollen Lebensgebräuche und -formen ihrer Frauen und Mädchen, die vielfach den Anreiz zur Nachahmung geben und berechtigige Ansprüche der arbeitenden Frauen und Mädchen erwecken. Wenn darum das Bürgertum der Arbeiterbraut Anspruchslosigkeit predigt, so verbindet es damit die eigenständige, aber untaffierbare Absicht, die proletarischen Frauen

und Mädchen in die profitreichen Geilde widerprüch- loser Ausbeutung geistig zurückzuwerfen.

Mit nachdrücklicher Deutlichkeit sei darauf erwidert: Die proletarische Braut baut am besten an ihrem Hausglück und bahnt sich am sichersten den Weg zu den wahren Schönheiten des Lebens, wenn sie jene brennende Unzufriedenheit mit ihrem sozialen Schicksal wahrhaftig, aus der sich der Wille formt zur gemeinsamen Veränderung einer sozialen Ordnung, die der proletarischen Braut rücksichtslos das nimmt, was sie der bürgerlichen Frau überreichlich gewährt.

Das Volk, das Geld für Champagner ausgibt, besor es. Nicht genug für seine Kinder beschafft hat, das für Terziers, Wollspunne und Doggen Ferkelhalter verankaltet, während die Kindererbschaft bewirkt, daß Tausende seiner Kinder an Unterernährung sterben, das ist ein schlecht verwaltetes, unsauberes, gebantenloses und unwillens Volk, das schließlich zugrunde gehen wird. Bernhard Shaw.

Ein reicher Mann, der sein Leben für nicht weniger als 200 000 RM. versichert hatte, begab sich auf eine Geschäftsreise nach Mexiko. Kurz darauf erhielt ein fest gebundenes Telegramm in den Zeitungen des Inhalts, daß der Dampfer auf der Fahrt nach Mexiko gesunken sei. Nur wenige Passagiere wären gerettet.

Eine Woche darauf erhielt der Bruder des nach drüber gereisten Kaufmannes folgendes Kabeldepesche: „Bin doch gerettet. Bring' es meiner Frau vorzüglich bei.“



## Der Bierfilz

Die größte Partei Deutschlands, die einen mächtigen, ungeahnten Einfluß ausübt, ist die der politisch indifferenten. Sie besteht aus allen denen, die ihre Zeit hinter dem Bierfilz todschlagen, anstatt sich um ihre eigenen Nöte und die Nöte ihrer Mitmenschen zu kümmern, die den lieben Gott einen guten Mann sein lassen und den Teufel auch, die entsetzt die Hände über dem Kopf zusammenschlagen, wenn du ihnen die Schwierigkeiten eines politischen Problems auseinandersetzt; also aus braven, ehrenwerten Leuten, in deren Leben du kaum einen dunklen Punkt findest und die energisch dagegen protestieren würden, wenn du ihren Namen irgendetwie im Zusammenhang mit Bierfilz und Politik nennst.

Hast du sie schon einmal aufgefordert, eine politische oder gewerkschaftliche Versammlung zu besuchen? — Sie haben dazu nie Zeit; entweder treffen sie sich schon mit dem Provisor K. und dem Gemeindefreier P. in der Wägen Gastwirtschaft zu einer Parteistat, oder sie haben ihren Kegeltisch oder Probe vom Theaterverein, oder Tante Amalie kommt zufällig nach neun Jahren zum ersten Male wieder zu Besuch, oder der Hauswirt läßt gerade die gute Stube streichen... Gründe, vor denen du dich geschlagen geben mußt.

Wenn du abends dann durch ihre Stammtische kommst, findest du sie. Sie sitzen an den runden Tischen in den Ecken der Wirtstuben, haben einen großen Topf Bier vor sich, sind in dicke Rauchwolken gehüllt und prüfen mit Sorgenfalten in der Stirn, ob sie nun den König draußengeht oder mit dem As stehen sollen, ob sie noch 20 melden können, wenn sie diesen Stich nicht bekommen, ob sie schwarz bleiben oder wenigstens noch aus dem Schneider kommen, ob sie gegen oder Trumpf machen. Dabei werden dann die lieben Mitmenschen, soweit sie nicht anwesend sind, vorgenommen, oder Joten und schmierige Witze (Achtung! Nur für Herrenabend!) erzählt.

Was der Bierfilz damit zu tun hat? — Eigentlich nichts. Und doch gibt er der ganzen Sache erst den richtigen politischen Hintergrund, das Iyrische Glaubensbekenntnis. Vor mir liegen vier dieser runden, bunt bedruckten Scheiben, die unsere Kinder so gern als Burgenhöfchen benutzen. Der Vers des ersten ist selbst bekannt:

Sup bi wul  
An feet di bit  
Ma hol be-  
kau. Polle!

Der zweite ist der Partei der Indifferenten zugeeignet:

Schauderhaftes Kalter  
Deutschlands: Die Partei'n!  
Habt ihr Zeit und Zister —  
Schenkt euch lieber ein!

Der dritte steht auf der gleichen hohen Kulturstufe:

Weichhammer, diese Parteiensucht!  
Wie sie sich verläßern und kloppen!  
Als ruhenber-Pol der Erbsenungen Flucht  
Bleibt nur — der gemüthliche Schoppen!

Der vierte endlich enthält die Aufnahmebedingungen für die große Partei der Indifferenten. Er predigt unter fetter Überschrift „Vernünftige Politik des Biertrinkens“:

Ob König oder Präsident  
Ist Würdig, ganz streng genommen!  
Wer einen guten Tropfen kennt  
Und schätzt — sei uns willkommen!

Vor dieser „vernünftigen Politik des Biertrinkens“ müssen wir uns ehrsüchtig verbiegen! Wir hatten wirklich ganz vergessen, daß uns doch Schnuppe sein könnte, ob wir unter einem König oder unter einem Präsidenten unsern Schoppen trinken, ob wir Untertanen einer Majestät von Gottes Gnaden oder freie, gleichberechtigte Staatsbürger sind. Ob wir uns den Launen eines Machthabers fügen oder ob wir die Gestaltung des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens mitbestimmen. Diese Erkenntnisse wurde uns erst ein Bierfilz vermitteln. Wir wollen deshalb alle einstimmen in den Ruf:

Kieber mit der Politik! Es lebe der  
Bierfilz! S. L.

## Der harte Lebenskampf der Frau

Das weibliche Geschlecht hat unter der Umgestaltung der Bevölkerung am meisten zu leiden. Die Frauen sind zahlreicher als die Männer, namentlich im erwerbsfähigen Alter. Nach einer Untersuchung über den Aufbau der Bevölkerung in Leipzig überwiegen heute die Frauen in der Bevölkerungsgruppe bis zu fünf Jahren. Mit zunehmendem Alter übersteigt die Zahl der Frauen die der Männer. In den Altersklassen von 25 bis 30 Jahren entfallen auf 27 804 Männer 34 025 Frauen; in den Altersklassen zwischen 30 und 35 Jahren schlägt das Verhältnis noch mehr zuungunsten der Frauen aus. 24 588 Männern stehen 33 427 Frauen gegenüber. Das ist ein Mehr von 36 Proz. Auch in den älteren Jahrgängen ist die Zahl der vorhandenen Frauen höher als die der Männer.

Interessant ist, daß die Zahl der Ledigen vom Jahre 1910 bis 1925 gesunken ist. Die Zahl der ledigen Männer ist von 59,0 auf 48,9, die der ledigen Frauen von 54,2 auf 45,9 Proz. gesunken. Hierzu haben verschiedene Umstände beigetragen. Einmal sind infolge der hohen Geburtenziffern große Scharen jugendlicher in das heiratfähige Alter eingetreten, zum anderen hat aber auch der Wegfall der allgemeinen Militärpflicht ein früheres Heiraten bei den Männern ermöglicht. Die Zahl der verheirateten Männer im Alter zwischen 20 bis 30 Jahren war 1925 höher als 1910. Bei den Frauen war sie niedriger. Waren im Jahre 1910 41,8 Proz. der Frauen zwischen 20 und 30 Jahren verheiratet, so waren dies 1925 nur 38,2 Proz. Hierin dürfte zum Ausdruck kommen, daß der weibliche Teil der Bevölkerung infolge Verminderung von Vermögensanstellungen berufstätig sein muß, um dadurch in die Lage zu kommen, wenigstens gewisse Anschaffungen für den künftigen Hausstand zu machen. Zwischen 30 und 40 Jahren waren 1925 71,2 Proz. Frauen verheiratet gegen 77,3 Proz. 1910, zwischen 40 und 50 Jahren 71,2 Proz. bzw. 74,7 Proz. Das Verhältnis ändert sich bei den älteren Jahrgruppen, wo 1925 verhältnismäßig mehr Frauen verheiratet waren als 1910. Noch ein anderes Bild: Die Zahl der verwitweten Männer betrug in Leipzig 1910: 5589, 1925: 8305 und die der verwitweten Frauen 23 652 bzw. 35 568. Demgemäß waren 1910 1,9 Proz., 1925 2,6 Proz. aller Männer, dagegen 7,8 Proz. bzw. 9,9 Proz. aller Frauen in Leipzig verwitwet. Auch die Zahl der geschiedenen Frauen ist doppelt so hoch als die der geschiedenen Männer.

Das sind vielerlei interessante Tatsachen, die beweisen, welch harten Lebenskampf die Frau von heute durchzuführen hat. Das unglückselige Schicksal des Krieges liegt also meistens auf den schwächeren Schultern. In allererster Linie werden hier die Frauen der ärmeren Schichten betroffen. Sie sind es, die das Bleigewicht dieser schweren Zeit ihr Leben hindurch schleppen müssen. Man muß es deshalb bewundern, daß die Frauen nicht aktiver in die wirtschaftlichen und politischen Kämpfe eingreifen.

## Mutterstich in Theorie und Praxis

Für deutsche Richter ist eine außereheliche Schwangerschaftsrankheit ein Entlassungsgrund.

Das Gesetz in der Praxis spielt dem Gesetz auf dem Papier oft böse Streiche. Das beste und wohlwollendste Gesetz ist wertlos, wenn es im täglichen Leben keine sinnentprechende Anwendung findet. Die deutschen arbeitenden Frauen werden von den ausländischen Kollegen, und nicht zu Unrecht, um ihren gut ausgehaltenen Mutterstich beneidet, der durch das Gesetz vom 1. August 1927 über die Beschäftigung vor und nach der Niederkunft, besonders durch den Kündigungsschutz für die Schwangere vor und nach der Entbindung erweitert wurde. In diesem Gesetz wird mit keinem Wort etwas darüber erwähnt, daß er, der Kündigungsschutz, nur auf eheliche Schwangerschaft anzuwenden ist. Das Gesetz zieht sowohl die eheliche wie auch die uneheliche Schwangerschaft unter sein Schutzbereich. Bürgerliche Arbeitsrichter, die von der Ideenwelt sozialer Gerechtigkeit keine Ahnung haben, sind wieder einmal klüger gewesen als der Gesetzgeber und unterschoben dem Gesetz einen fürchtbar mittelalterlichen Sinn. Dem Landesarbeitsgericht in Dresden war es nämlich vorbehalten gewesen, eine außereheliche Schwangerschaftsrankheit als „selbstverschuldet“ anzusehen, die zu einem Entlassungsgrund berechtige. Das Gericht begründet seinen Standpunkt wie folgt:

„Es steht nicht zur Entscheidung, ob in der Vollziehung des außerehelichen Geschlechtsverkehrs ein sittliches Verschulden (!) oder ein Verschulden im Rechtsinne zu finden ist. Es kommt vielmehr nur darauf an, ob die Klägerin bei der Vollziehung des Geschlechtsverkehrs damit gerechnet hat... daß sie infolge des Geschlechtsverkehrs schwanger werden könne und infolge der damit verbundenen häufigen Folge (Schwangerschaftsbeschwerden und dergleichen) zur Leistung ihrer Dienste als Verkäuferin unfähig werden könne. Dies muß beachtet werden. Sie hat also, ohne Rücksicht darauf, ob ihr der Geschlechtsverkehr als solcher zur Schuld anzurechnen ist (!), ihre Dienstunfähigkeit mindestens unter dem Gesichtspunkt der Fahrlässigkeit zu vertreten und kann sich auf die Schutzbestimmungen ebensowenig berufen wie beispielsweise derjenige, der sich im Zirkelpark oder durch eine besondere waghalsige Sportausübung (!) leichtsinnig Gefahren aussetzt und Dienstunfähigkeit zuzieht.“

Diese Begründung spottet jeder Beschreibung. Außereheliche Mutterschaft wird einer „besonders waghalsigen Sportausübung“ gleichgesetzt, als eine „Fahrlässigkeit“ angesehen, die nicht unter den Schutz des Gesetzes fällt, vielmehr mit der Entziehung des geschlechtlich zugehenden Mutterstiches zu bestrafen ist. Die Begründung ist nicht nur rechtlich unzulässig, sondern auch in ihrer Gestalt einfach barbarisch. Und das nennt man soziale Arbeitsrechtspflege!

## Hat sie so handeln dürfen?

Von H. Wagner.

Es gibt sonderbare Menschenfischale...

Vegetin konnte man in den Zeitungen eine Geschichte lesen, die — entleibt von allem Nützlichen und Kinomäßigen — Anlaß gibt zu einer ersten Frage.

In Budapest lernte ein junges Mädchen, von Beruf kaufmännische Beamtin, einen Amerikaner, der sich Geschäfte halber dort aufhielt, kennen. Aus der Bekanntschaft entwickelte sich ein Liebesverhältnis, eine Art Verlobung, in dessen Verlauf sich das Mädchen immer inniger an den Amerikaner angeschlossen. Es wurden Zukunftspläne geschmiedet, die aber eines Tages jäh unterbrochen wurden, als das Mädchen in andere Umstände kam. Der Amerikaner zeigte sich hocherfreut, sorgte aufs beste für Pflege und alles übrige, und in einem vornehmen Sanatorium kam das Kind wirklich zur Welt. Nun aber wendete sich das Blatt. Raum war die Mutter wiederhergestellt, so wurde ihr durch einen Advokaten eine überraschende Mitteilung gemacht. Ihr Verehrer ließ ihr mitteilen, daß er sein Heiratsversprechen nicht einlösen könne, da er in Amerika bereits eine Gattin besitze; er wolle aber das Kind, das der einzige Zweck des Verhältnisses gewesen sei, adoptieren und mit sich nach Amerika nehmen, da seine kinderlose Frau dringend ein Baby gewünscht habe. Außerdem bot er eine glänzende Summe als Abfindung an.

Das Mädchen nahm diesen Vorschlag nicht an, sondern verlagte den Amerikaner auf Alimente. Was weiter geschah, ist in jenem Bericht nicht erwähnt worden.

Das, was aber zum Nachdenken Anlaß gibt, ist nun in diesem Falle das Verhalten der Amerikanerin! Diese Frau, kinderlos und von dem Wunsche nach einem Sprößling erfüllt, hat außerdem das Verlangen gehabt, dies Kind müsse eines ihres Gatten sein. Sie hat ihm den Plan, den er dann in Budapest ausgeführt hat, angeboten. Hat sie so handeln dürfen?

Den Wunsch, ein Kind zu besitzen, hätte sie auf einem viel geraderen Weg befriedigen können. Wie viele arme, verlassene, doppelt verwaiste Kinder gibt es auf beiden Hälften der Erde. Und daß es ein schönes, gesundes, gut geartetes sei, das hätte sich innerhalb der Schranken menschlichen Ermessens auch dann ausfindig machen lassen, wenn es nicht der wirkliche Sprößling ihres Gemahls — den die Frau offenbar stark zu überhägen schien! — gewesen wäre. Wozu also dieser Umweg?

Denn auf ihm wurde einem anderen Wesen bitteres Unrecht getan. Man stelle sich das Budapest-Mädchen nur vor: Aus ihrer Lebensbahn herausgerissen, vielleicht beruflich geschädigt, vielleicht gesundheitlich einträchtig, mag sie aus dieser Affäre hervorgegangen sein. Und das Bitterste zum Schluß — die Erkenntnis: Einem Menschen, dem sie mit Liebe, Zuneigung und Vertrauen entgegenkam, nur Mittel zum Zweck gewesen sein...

Was für eine Sorte Mensch muß auch dieser Mann gewesen sein, der dieses Verhältnis anging und schließlich meinte, mit einem Bündel Banknoten die heiligsten und festesten Bande der Natur, die zwischen Mutter und Kind, einfach zerreißen zu können!

Kant sagte einmal irgendetwas, es sei die größte Unsitlichkeit, einen Menschen nur als Mittel, und nicht als Zweck zu behandeln. Dessen hat sich dies Amerikanerpaar schuldig gemacht. Besonders die Frau als Antifisterin und Anregerin des ganzen Planes. Und darum wird man wohl die Frage, ob sie so handeln hat dürfen, mit einem Nein beantworten müssen!

## Die Probe.

Fatme, die Gazellenfängerin, ging in der Küche des Schatzens durch die Straßen Stambuls. Ein Mann folgte ihr. Sie blieb stehen und fragte ihn: „Was wünschst du von mir?“

„Ich bewundere deine Schönheit und liebe dich.“

„Oh, wenn es das ist! — Meine Schwester, die hinter mir kommt, ist viel hübscher als ich. Geh hin und verliebe dich in sie.“

Hassan wandte sich um, erblickte aber nur ein weißes Wesen, dem jede Schönheit mangelte. Schnell holte er Fatme ein und sagte ungehalten: „Du hält die Unwahrheit gesprochen!“

„Nicht mehr als du, denn wenn du wirklich in mich verliebt gewesen wärest, hättest du dich nicht nach einer anderen Frau umgesehen!“

Die Frau hat das gleiche Recht wie der Mann, der Zufall der Geburt kann nichts daran ändern. Die Frau, weil sie als Frau und nicht als Mann geboren ist — woran der Mann so unschuldig ist wie die Frau —, von Rechten auszuscheiden, ist ebenso ungerecht, als wenn Rechte vom Zufall der Religion oder der politischen Gesinnung abhängig gemacht werden, und ebenso unanständig, wie daß zwei Menschen als Feind sich betrachten, weil sie beide durch den Zufall der Geburt verschiedenen Volksstämmen oder Nationalitäten angehören. Das sind eines freien Menschen unwürdige Gesinnungen, und der Fortschritt der Menschheit besteht darin, alle Hemmnisse so schnell als möglich zu beseitigen. Kein Geschlecht ist berechtigt, dem anderen Schranken zu ziehen, so wenig wie eine Klasse der anderen. U. Bebel.

